



Absender: Kreistags-/Kreisausschussbüro

Vorlage Nr.: 2019/1118

Veranlasser / Verursacher:
DIE LINKE.

Datum: 28.01.2019

Aktenzeichen:

Antrag

Antrag der Fraktion DIE LINKE. vom 14.01.2019 betr. Aufstockung der Schutzräume und des Personals für das Frauenhaus des Landkreises Kassel

Beratungsfolge:

Gremium	am	Top	Status
Ausschuss für Soziales	19.02.2019		öffentlich
Haupt- und Finanzausschuss	25.02.2019		öffentlich
Kreistag	28.02.2019		öffentlich

Beschlussvorschlag:

- a. Der Kreisausschuss wird beauftragt, dafür Sorge zu tragen, dass die Anzahl der Plätze des Frauenhauses im Landkreis Kassel von derzeit 14 bis zum 30.06.2019 auf insgesamt 30 aufgestockt werden.
- b. Die erforderlichen finanziellen Mittel werden außerplanmäßig bereit gestellt. Bei der Bewilligung und Mittelvergabe ist einzukalkulieren, dass auch das Personal aufgestockt werden muß, um einen notwendigen Personalschlüssel von 1 zu 6 zu erreichen.
- c. Der Kreisausschuss wird ferner ermächtigt, mit dem Land Hessen Verhandlungen aufzunehmen, um kurzfristig eine finanzielle Beteiligung des Landes an der Aufstockung der Schutzräume und des Personals zu erreichen.
- d. Der Kreisausschuss wird außerdem beauftragt, sämtliche 29 Städte und Gemeinden des Landkreises anzuschreiben, die aktuell unzureichende Finanzierung und den jährlichen Finanzbedarf des Frauenhauses darzulegen sowie dringend an die Kommunen zu appellieren, sich freiwillig (bzw. weiterhin freiwillig) mit jährlichen – nach Möglichkeit steigenden – Zuwendungen an der Finanzierung des Frauenhauses zu beteiligen.

- e. **Der Kreisausschuss wird zudem beauftragt, das Amtsgericht Kassel, dessen Zweigstelle in Hofgeismar, das Landgericht Kassel, die Staatsanwaltschaft Kassel, die Bußgeldbehörde des RP Kassel und die für den Landkreis zuständigen Finanzämter anzuschreiben, die Arbeit, die aktuell unzureichende Finanzierung und den jährlichen Finanzbedarf des Frauenhauses darzustellen, insbesondere aber die Gerichte und die Finanzämter dringend zu ersuchen, verstärkter als bisher von der rechtlichen Möglichkeit Gebrauch zu machen, Bußgeldzuwendungen für das Frauenhaus im Landkreis Kassel anzuordnen.**

Begründung:

Im Frauenhaus des Landkreises Kassel fehlen in einem erheblichen Umfang Schutzräume für Frauen und Kinder, die Opfer körperlicher, sexueller und psychischer (häuslicher) Gewalt wurden. Seit Dezember 2018 sind die wenigen 14 Plätze belegt. Im Jahr 2017 mussten 117 Frauen und 134 Kinder in andere Frauenhäuser vermittelt werden (HNA 12.01.2019). Im Jahr 2016 gab es 154 Anfragen zur Aufnahme und 112 Weitervermittlungen wegen Vollbelegung. 2015 waren es 134 Anfragen und 72 Weitervermittlungen (Quelle: Sozialatlas des Landkreises Kassel 2018, Seite 203).

Die Fallzahlen des Frauenhauses im Landkreis zeigen seit 2014 wieder einen deutlichen Anstieg. Die Fallzahlen häuslicher Gewalt steigen seit 2015 ebenfalls kontinuierlich an (Quellen: Sozialatlas 2018, Seite 202 und Daten des Polizeipräsidiums Nordhessen). In 90 bis 95 % der Fälle häuslicher Gewalt sind Frauen die Opfer und Männer die Täter. Bundesweit wären 21.000 Plätze in den Frauenhäusern nötig. Vorhanden sind aber nur 7.000 Plätze, also gerade einmal ein Drittel des Bedarfs (HNA 12.01.2018). Jährlich fliehen bundesweit ca. 45.000 Frauen in örtliche Frauenhäuser (Studie des BMFSFJ 2005).

Der Zustand ist alarmierend, auch und insbesondere im Landkreis Kassel. Es besteht für das Frauenhaus im Landkreis Kassel dringender Handlungs- und vor allem Finanzierungsbedarf. Auch personell muß dringend aufgestockt werden.

Im Zuge der Haushaltsberatungen 2016 hatte die Fraktion Die Linke das Finanzierungsproblem des Frauenhauses im Landkreis bereits mit einem Haushaltsbegleit Antrag thematisiert. Der Antrag lfd. Nr. 5 zu TOP 16 wurde damals mit überwiegender Mehrheit abgelehnt, unverständlich angesichts der akuten Finanzlücken und des hohen Mehrbedarfs an Schutzräumen im Frauenhaus. Möge es jetzt endlich die notwendigen Änderungen geben!

Weitere Begründungen erfolgen mündlich im Zuge der Beratungen.

Dr. Christian Knoche
Fraktionsvorsitzender

Anlage/n:

2019_1118 Anlage 1
2019_1118 Anlage 2
2019_1118 Anlage 3

Anlagenbeschreibung

Anlage 1: Antrag der Fraktion DIE LINKE. vom 14.01.2019

Anlage 2: Antrag der SPD-Fraktion vom 18.02.2019

Anlage 3: modifizierter Antrag der Fraktion DIE LINKE. vom 19.02.2019